

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 2 M., vierteljährlich 5 M. — Versammlungsbeiträge kosten pro Seite 75 Pf. — Fest- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Eberhard Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 33-42, Telefon-Nr. 95 u. 89. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

# Spa und Genf.

Der vor nicht langer Zeit noch mißachtend über die Schmel angeordnete Bergarbeitersparte erscheint nun als einflussreicher Mitspieler auf der Weltbühne. „Das ist etwas ganz Neues“ schreibt die großkapitalistische „Times“ (London) im Rückblick auf Spa, weil dort die Bergleute sich mit ihrem Unmut über die Beachtung ihrer Lebensbedürfnisse bei den verarmten Welt-schiedsrichtern anmeldeten. Ja gewiß, „das ist etwas ganz Neues“, aber auch etwas ganz Natürliches. Die Arbeit erhält die Welt, die Arbeit der Hand- und Kopfarbeiter auf dem weiten Erdenrund! Das ist die Legitimation, mit der die Arbeitervertreter in der Diplomatenkonferenz zu Spa erschienen — und wohl verstanden wurden.

Die Weltwirtschaft braucht Bergwerksprodukte, um nicht an den ungeheuerlich schweren Kriegswunden zugrunde zu gehen. Kohlen, Erze und Salze sind in höheren als sonst gedonnenen Mengen notwendig, damit der Wiederaufbau der nationalen und der internationalen Wirtschaft durchgeführt werden kann. — Kohlen werden verlangt für alle Gewerbe und Industrien, für die Landwirtschaft, für die Transportindustrie, für jeden, auch den ärmsten Haushalt. Kohle ist heute gefragter als Gold. Nie zuvor war der „schwarze Diamant“ so dringlich begehrt wie heute.

Hundert Millionen Tonnen Kohlen wurden während der Kriegszeit in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Österreich-Ungarn und Rußland weniger gefördert, als in einem gleichem Zeitraum friedlichen Weltverkehrs der Völker. Von der stark gekunkenen Fördermenge wurde noch dazu der bedeutendste Teil dem Kriegsmoloch geopfert. Jahrelanger Raubbau, die Zerstörung bedeutender Kohlenzechen in Nordfrankreich, die Erschöpfung der Belegstätten nach jahrelangem Kraftverbrauch ohne ausreichende Ernährung, haben auch nach dem formellen Kriegsende zwischen den europäischen Mittelmächten und der Entente die Förderziffer sinken lassen. Der so gewaltige Gesamtverlust an Kohlenförderung seit 1914 lastet mit hartem Druck auf der Weltwirtschaft. Der Kohlenmangel verhindert die auskömmliche Erzeugung der notwendigsten Bedarfsgüter für die Bevölkerung, lähmt die Nahrungsmitteleproduktion bis zur Unmöglichkeit. In den hauptsächlich betroffenen europäischen Ländern müssen Millionen Hände teilweise oder ganz ruhen, statt dem Wiederaufbau dienlich zu sein. Sie verlangen nach Beschäftigung, nach Brot, Kleidung und Behandlung. Je näher die kalte Jahreszeit heranrückt, um so kritischer wird die Lage.

In Spa hat man auf der Gegenseite dekretiert, welche Kohlenmengen das deutsche Volk unbedingt abzufordern hat. Gegen ein Dekret, das naturgemäß direkt die Bergarbeiter betriefft, haben ihre Vertreter in Spa die warnende Stimme erhoben. Der ursprüngliche, höhere Anspruch ist zwar nach tagelangem Verhandeln auf 2 Millionen Tonnen monatlich ermäßigt worden. Aber ihre sofortige Ablieferung schafft neues Elend in unserem Lande. Auch sind Angehörige in der Preisfrage und der Lebensmittelversorgung erfolgt. Darauf haben die deutschen Regierungvertreter, die ja nicht nur die wirtschaftlichen Möglichkeiten, sondern auch die schwerwiegenden politischen Folgen einer Ablehnung des Ententebefehls zu beachten hatten, das „Abkommen“ unterschrieben. Andernfalls war vorbereitet die militärische Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, also seine Abhängigkeit vom übrigen Deutschland. Unsere Bevölkerung wäre in eine unabsehbare Katastrophe gestürzt worden.

Ist das Kohlendekret der Entente durchführbar? Versucht muß es werden. Wenn sich am 15. November 1920 herausstellt, daß die vorgeschriebene Lieferung nicht erfüllt ist, dann soll das Ruhrgebiet eivil ein anderer Teil des rechtsrheinischen Deutschlands doch noch von Entente-Truppen besetzt werden! Die Drohung mit

der militärischen Exekution schwebt also dauernd über uns. Daß sie zur gegebenen Zeit wahrgemacht wird, darauf drängen unerschöpflich-nationalistische und profitlüsterne großkapitalistische Kreise in Frankreich immerfort.

Ohne Vergleute kein Bergbau. Geht der Anspruch auf ihre Leistungen über ihre Kraft hinaus, dann versagen auch alle Straf- und Zwangsdrohungen. Das wurde den Vertretern der Ententeeregierungen in Spa mit bürren Worten gesagt, aber es ist auch gleichzeitig die Bereitwilligkeit der deutschen Bergleute, an der Abstellung der internationalen Kohlennot mitzuwirken, versichert worden. Wir erkennen ohne Rückhalt den Anspruch Frankreichs auf Kohlenlieferung durch Deutschland an, würden ihn auch dann anerkennen, wenn Deutschland der sogenannte „Sieger“ im Weltkriege wäre. Auch dann wäre es unsere Menschenspflicht, dem französischen Volk über seine Kohlennot nach Kräften hinwegzuhelfen. Durch gegenseitige Hilfe müssen die Völker die bitteren Folgen des wahnwitzigen Krieges überwinden. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir auch an die Lösung der Kohlenfrage herantreten. Versuche, diese internationale Wirtschaftsfrage anders als rein sachlich zu behandeln, weisen wir zurück, von wo die Versuche auch kommen mögen. Deshalb protestieren wir aus gegen die Drohung, die Bergwerksarbeiter durch militärische Besetzung ihres Arbeitsreviers zu gewissen Leistungen zu zwingen! Nur durch freie Arbeit wird es möglich werden, die Zerstörungen des Krieges wieder gut zu machen. Der Militarismus hat nun gerade übergenug Unheil und Elend angeht.

In Spa wurde mit militärischen Zwangsmaßnahmen gegen die Bergarbeiterschaft gedroht, wenn sie die aufgegebenen Leistungen nicht vollbringen. Das läuft praktisch hinaus auf die Drohung der dauernden Schichtverlängerung und der tatsächlichen Bergarbeiterverkülvung im Interesse des internationalen Kapitalismus.

Noch einige Tage, dann tritt in Genf der 25. Internationale Bergarbeiterkongress zusammen. Er will Stellung nehmen zu den wichtigsten Bergarbeiter- und Bergbaufragen. Lange vor Spa war die Tagesordnung des Genfer Bergarbeiterkongresses festgesetzt. Nun gewinnt seine Tagung durch die Vorgänge in Spa eine Bedeutung, wie sie noch kein Bergarbeiterkongress hatte.

Wir wollen uns in Genf kameradschaftlich äußern über die Wege, die zum Schutz der bergmännischen Lebensnotwendigkeiten zu begeben sind. Wir werden vorsätzlich beraten, wie die internationale Bergarbeiterschaft beim Wiederaufbau der Weltwirtschaft helfen kann. Die Bergarbeiter haben insbesondere durch Spa erfahren, daß sie eine starke Weltmacht sind, mit der auch die mächtigsten Regierungen zu rechnen haben. Diese Stellung wird die internationale Bergarbeiterschaft allerdings auch verpflichten, nicht dem Cäsarenwahnsinn gekrönter und ungekrönter Autokraten zu verfallen. Unserer Pflicht gegen die Menschheit werden wir eingedenk sein, was immer für Entscheidungen an uns herantreten.

Aber eben diese Pflicht gebietet uns, für die Freiheit und Würde der Arbeit einzutreten. Sie ist bedroht, wenn sich Gewalttätigkeiten anmähren, wirtschaftliche Probleme mit Gewalt und Sölden lösen zu wollen. Diese Gewalttätigkeiten sind die Anwälte des profitgierigen Kapitalismus, dem wir letzten Endes auch das jahrelange Völkermorden zu danken haben.

War Spa die Stätte des militärischen Diktats, so wird von Genf eine machtbehaftete Kundgebung der internationalen Bergarbeiterschaft für die Freiheit der Arbeiter und für die Verständigung der verbittert verhetzten Völker ausgehen müssen. So helfen wir am Wiederaufbau der Weltwirtschaft durch die internationale Solidarität der Bergarbeiter!

dem der Kohlenbedarf unseres Heimatlandes und die laut Verträgen für Holland, die Schweiz usw. bestimmte Kohlenmengen geliefert werden können. Hierzu ist aber in erster Linie eine weit kräftigere als die gegenwärtige Ernährung der Bergarbeiterbevölkerung unbedingt erforderlich! Solange diese natürliche Vorbedingung nicht erfüllt ist, wird eine Preis-senkung den Belegschaften beim besten Willen nicht möglich sein. Ferner sind erforderlich monaristische betriebstechnische Verbesserungen der Bergwerke und auch des Transportwesens, deren Einzelheiten nach festzustellen sind. Auch das Wohnungswesen der Belegschaften muß durchgreifend verbessert werden.

Die gegenwärtige Situation macht es aber auch notwendig, daß wir an den Reichstag die dringliche Forderung richten, nun die Sozialisierung des Bergbaues ungefäumt in Angriff zu nehmen. Von der Förderung und Vertiefung gerade der Kohle hängt nun das Schicksal Deutschlands ab, wie die Verhandlungen in Spa aller Welt gezeigt haben. Daher ist es ein für unsere Volksgemeinschaft unerträgliches Zustand, den Kohlenbergbau weiter in privatkapitalistischer Abhängigkeit zu belassen.

Nur wieder hier ausgesprochen: Wer die Hand erhebt gegen die Einheit unseres schwergeprüften Landes, der hat die Bergarbeiter gegen sich und die Folgen zu tragen. Nicht Marie Thérèse, sondern nur die Bergarbeiter können das Kohlenproblem lösen. Geschlossen stellte sich die Konferenz auch hinter die Konsumgenossenschaften in folgender Entschliessung, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde:

Die am 25. Juli in Bochum tagende Konferenz der Vertreter der Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erhebt Einspruch gegen die durch die Bergwerksbesitzer im Ruhrrevier eingeschriebenen Methoden der Warenverteilung, insbesondere aber gegen die Bevorzugung der Werkstoffunternehmen und sonstigen Warenvertriebsstellen der Werke.

Aus den Erfahrungen der von den Bergarbeitern verfahrenen Ueber-sichten werden große Mengen von Lebensmitteln aus dem Auslande eingeführt zu besonders günstigen Bedingungen. Die Konsumvereine dieser Regionen, in denen mehr als 60 Prozent der Ruhrbergleute organisiert sind, werden durch die Werksbesitzer bezw. den bergbaulichen Verein von der Verteilung der eingeführten und sonst vom Reich für die Bergarbeiter zur Verfügung gestellten Lebensmittelmenge fast völlig ausgeschlossen, jedoch in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegen die Werkskonsumantenn auf äußerste unterbunden werden.

Die Konferenz erklärt in den Konsumvereinen einen preisregulierenden Faktor, der während und nach dem Krieg auf das segensreichste gewirkt hat. Die Werksbesitzer können nicht zugeben, daß den im Besitz der Werke befindlichen Werkstoffunternehmen durch die erwähnten Sonderverträge erneut eine Monopolstellung in der Warenverteilung eingeräumt wird zum Schaden der konsumgenossenschaftlichen Lebensfähigkeit.

Um die Lebensmittelerzeugung in geordnete Bahnen zu lenken und sie den berechtigten Institutionen zugewiesen, verlangen die Bergleute:

1. den Zechen und Werken in jede Verteilung und jeder Handel mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen zu unterliegen;
2. den Zechen und Werken dürfen keine Einschüßbewilligungen für Lebensmittel für die Belegschaften erteilt werden;
3. die Verteilung der Lebensmittel hat zu geschehen durch die von den organisierten Arbeitern selbstgeschaffenen Konsumvereine und durch die sonstigen Organe des realen Handels.

Die Konferenz erwartet, daß künftig die Konsumvereine im Interesse ihrer dem Bergarbeiterstand angehörenden Mitglieder zum mindesten als gleichberechtigter Faktor anerkannt werden und daß die Warenverteilung dementsprechend mehr wird.

Die überwältigende Mehrheit der Bergarbeiter hat sich den selbstgeschaffenen Genossenschaften bereits angeschlossen. Die Genossenschaften der verschiedenen Richtungen verfügen im Ruhrlokalgebiet über mehr als 1000 Warenabgabestellen, in welchen mehr als 200.000 Familien bereits ihren täglichen Bedarf decken. Die in den Genossenschaften organisierten Bergleute verlangen daher, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, auch alle Waren durch die Genossenschaften beziehen zu können. Die Konferenz fordert alle diejenigen Arbeiter auf, welche einer Konsumgenossenschaft noch nicht angeschlossen sind, dieses sofort nachzuholen und alle Bedarfsgüter nur der genossenschaftlichen Warenverteilungsstelle zu entnehmen.

Ein Antrag auf Aufhebung der Arbeitsgemeinschaft wurde mit erdrückender Mehrheit abgelehnt. Dafür aber folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die Vertrauensmänner, Betriebsleute, Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands fordern die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Bergarbeiterverbände auf, gemeinschaftlich mit ihnen für schnelle Sozialisierung des Bergbaues nach den Vorschlägen der Sozialisierungskommission einzutreten. Nur gemeinsames, einziges Vorgehen der gesamten Bergarbeiterschaft kann zur Erreichung dieses Zieles führen. Dadurch auch nur kann die Notlage auf dem Kohlenmarkt gehoben und die Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter gestärkt werden.

Ebenfalls wurde folgende Entschliessung, worin grundsätzlich an der Forderung der Sechsstundenfrist festgehalten und gefordert wird, daß die Vorbereitungen zu ihrer Einführung getroffen werden, einstimmig angenommen:

Die heute hier versammelten, dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands angehörenden Vertrauensmänner und Schichtobleute des gesamten Ruhrreviers setzen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß auch die Einführung der Sechsstundenfrist ein Mittel ist, die Kohlenförderung zu steigern. Bei der jetzt bestehenden Sechsstundenfrist bleiben 3 Stunden täglich, in der die Förderung vollständig ruht. Das ist bei der heutigen Kohlennot ein unzulässiger Zustand. Eine Schichtverlängerung kann nicht in Frage kommen. Durch die Einführung der Sechsstundenfrist werden also täglich 3 Stunden Mehrförderung eintreten, gleich 14,3 Proz. Es wird darum gefordert, daß alle technischen und sonstigen Vorbereitungen schnellstens getroffen werden, um die Einführung der Sechsstundenfrist herbeiführen zu können.

Ferner wurde ein Antrag einstimmig angenommen, worin von der Reichsregierung die Einführung der zweiten Förderfrist auf allen Zechen gefordert wird. Ebenso ein Antrag, worin ein Anmeldeverbot für alle diejenigen gefordert wird, die aus Anlaß des Kampfes für die Vertiefung gekämpft haben. Ihren Kämpfern für Freiheit und Fortschritt sprach die Konferenz ihre Sympathie aus. Die weiteren Anträge bezüglich Ueber-sichten-

## Für Einheit, Freiheit, Fortschritt! -- Gegen Gewalt und Verklabung!

Am 25. Juli tagte in der Tonhalle in Bochum eine Konferenz unseres Verbandes für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, die sich zu einer machtvollen Kundgebung für die Einheit unseres Landes, für Freiheit und Fortschritt, gegen militärische Gewalttätigkeit und Verklabung gestaltete. Anwesend waren insgesamt 658 Vertreter der in unserem Verbandsorganisierten Bergarbeiter, und zwar 362 Vertrauensleute, 256 Obleute der Betriebsräte von 22 Schachtanlagen, 19 Angestellte und Bezirksleiter aus den Bezirken, sowie 21 Mitglieder des Hauptvorstandes, des Kontrollausschusses und der Redaktion. Die Verhandlungen begannen um 8 Uhr morgens und dauerten bis gegen 2 Uhr nachmittags. Zunächst berichtete unser Verbandsvertreter, Otto Sue, über die Verhandlungen in Spa und was damit zusammenhängt. Sein Bericht wurde ergänzt durch den Kameraden Heinrich Pieper aus Dortmund, der ebenfalls als Verbandsvertreter an den Verhandlungen in Spa teilgenommen hat. Abschließend berichtete Kamerad August Schmidt über die Verhandlungen mit der Reichsregierung in Berlin am 22. Juli über die Ernährungsfrage, Vermehrung der Belegschaft, stärkere Heranziehung der Braunkohlen, stärkere Siedlung usw. Die Verhandlungsgänge, die von den beiden ersten Rednern und auch in der etwa vierstündigen Ansprache entwickelt wurden, sind niedergelegt in den beiden folgenden Entschliessungen, die einstimmig angenommen wurden:

### I.

In der Erkenntnis, daß politisch-reaktionäre, den gewerkschaftlichen Arbeiterforderungen besonders feindsich gestimmte Gruppen und Kreise in einigen deutschen Bundesstaaten auf deren Abspaltung von Deutschland hinarbeiten, und aus der Ueberzeugung heraus, daß die Vertiefung dieser Klüfte aus den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Weltwirtschaft

Vertreter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Ruhrgebiet: Es sollen seitens der Bergarbeiterorganisationen sofort Vorkehrungen getroffen werden, durch welche den Landesteilen, in denen sich die gebachten Zerteilungsbestrebungen durchsetzen, alsbald die Versorgung mit Kohle, Holz und Getreide unmöglich gemacht wird. Die Organisationen der Eisenbahner und der Schiffsmannschaften werden aufgefordert, gegebenenfalls mit den Bergarbeitern gemeinschaftlich zu handeln.

### II.

Die Delegierten der im Verband der Bergarbeiter Deutschlands organisierten Ruhrbergleute erklären sich mit dem Verhalten der Bergarbeitervertreter in Spa vollkommen einverstanden. Wir billigen es, daß überseits alles getan wurde, um die eingeleiteten Verhandlungen über die Kohlenlieferungen an Frankreich, Belgien und Italien deutscherseits nicht zum Scheitern kommen zu lassen. Weil wir nach wie vor bereit sind, die zu einem internationalen Uebel gehörende Kohlennot tatkräftig mildern zu helfen, protestieren wir entschieden gegen die wiederholte Drohung, das Ruhrgebiet militärisch zu besetzen, falls die Deutschland auferlegte Kohlenlieferung nicht reiflich erfüllt würde. Die Erfüllung dieser Verpflichtung hängt von Faktoren ab, über die auch die stärkste militärische Macht keine Gewalt besitzt. In erster Linie fühlen daher die Bergleute die Drohung der Ententeeregierungen mit der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes als gegen sich gerichtet. Darum begrüßen wir es, daß die deutsche Delegation den Posten in dem Kohlenbittet von Spa, der von der Besetzung des Ruhrgebietes handelt, nicht unterzeichnete. Sollte sie dennoch erfolgen, dann würde dies der schwerste Schlag gegen alle unter der Kohlennot leidenden europäischen Länder sein. Gegen die angebrohte militärische Gewalttätigkeit in der wir die Absicht der Verklabung der Ruhrbergleute erklären, werden wir uns energisch zur Wehr setzen. Wir sind freiwillig bereit, mit allen unseren Kräften für ein geordnetes Gelingen des Wiederaufbaus des Ruhrgebietes zu kämpfen.



Die Verteilung der großen Erfolge in Bezug auf Strafmessung und ist die Aufbringung der Mittel notwendig, damit die Angeklagten möglichst bald ihren Familien wieder zurückgegeben werden.

Die Zusammenstellung der Kriegsverurteilten aus einem bürgerlichen Blatt ergab bei 141 abgetrennten Fällen in der Zeit vom 21. März bis 16. Juni insgesamt Strafen von 136 Jahren, 1 Monat und 13 Tagen, 2 Monaten Haft und 14 Jahren, 2 Monaten Zuchthaus.

In der eingehenden Anklage wurden die gemachten Angaben bestätigt und ergänzt und eine Reihe Fragen angestellt, die umgehend beachtet und erledigt werden müssen.

Eine eingehende Besprechung fand die Anklage, eine allgemeine Protestaktion einzuleiten gegen die Klassenjustiz und für eine allgemeine Amnestie, wie sie in Vorschlag bei den Friedensverhandlungen von Münsterseite in Aussicht gestellt war.

Zu einer Reihe Orte sind die Vorbereitungen dafür schon getroffen. Der Bezirksausschuß wurde beauftragt, die nötigen Schritte zu veranlassen, die eine allgemeine Protestaktion im ganzen Bezirk erfordern.

### Internationale Rundschau.

#### Internationaler Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Ein solcher Kongreß fand vom 16.-19. Juni d. J. im Haag (Holland) statt. Er vereinigte christliche Arbeiterorganisationen aus einer ganzen Anzahl von Ländern.

Der Kongreß wählte sein Augenmerk der Hauptfrage zu, ob es, wie es beabsichtigt war, möglich sei, einen internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften zustande zu bringen, was davon abhängt, ob es gelingen würde, verständliche Diskussionen vom Kongreß fernzuführen.

#### Englischer Gewerkschaftskongreß für den Böhmerland.

Der in Westminster abgehaltene englische Gewerkschaftskongreß, der besonders die Aufgabe hatte, die Haltung der britischen Gewerkschaften gegenüber Irland und Ungarn zu erörtern, nahm eine von dem nationalen Eisenbahnerverband eingebrachte Resolution an, in der zu einem Waffenstillstand zwischen den irischen Parteien aufgerufen wird.

### Knappschäftsliches.

#### Auch ein Keiner des Knappschäftslebens.

"Geureka! gefunden!" So wird wohl die Redaktion der freien Arbeiter-Union "ausgerufen" haben, als sich endlich einer fand in den Reihen der Bergarbeitergehilfen, der schlüssig war die Union von der Knappschäftigkeit zu befreien.

Der Unfallinvalid soll daselbe behalten. Das wird schon seitens des "arogen Reformers" einer näheren Erläuterung nebenbei auch Konfirmation der Unfallgesetzgebung, die wieder etwas anderes ist als die Knappschäftigkeit, bedürfen. Sollen alle Unfallinvaliden die drei Viertel des Durchschnittslohn erhalten, also auch die mit 1/4

teist! Darüber schweigt sich der Knappschäftigkeit aus, denn von seinem eigenen Geschickel wurde ihm so bumm, als ginge ein Mühlrad in seinem Kopfe herum.

Nach Art der früheren Majestäten nimmt er die Feder zum Hand. Wir verlangen" und damit punctum. Sehen wir weiter, welches Verlangen den Knappschäftigkeit nach weiter quält: "Das Steuerbeld muß mindestens 1200 Mk. betragen und steigen mit den Teuerungsverhältnissen."

Vielleicht hat der Unionist schon einmal etwas von einem Gesetz gehört, das Reichsversicherungsordnung heißt, wonach der Afische Betrag des Grundlohnes laut § 204 gemindert werden kann. Um in der Sattung einen höheren Betrag ausfinden zu können, bedarf es der Veränderung der W.V.O. Hat vielleicht die Union schon irgendwelche Schritte getan, daß die W.V.O. geändert wird? Nein, das überläßt man den freien Gewerkschaften, die auch die dazu nötigen Arbeiten geleistet haben.

Wir verlangen, so geht es weiter: "Das Straußengeld muß zwei Drittel des Durchschnittslohnes betragen, welcher zurzeit von der Berufsgruppe, zu welcher der Strauß gehört, verdient wird." Wenn sich der Erzeuger dieses geistigen Produktes etwas mehr mit Sozialversicherung beschäftigt hätte, wie es der Fall ist, so müßte er wissen, daß die freien Gewerkschaften nicht "Dreitertel vom Durchschnittslohn", sondern vom wirklichen Arbeitslohn fordern und noch fordern.

Es liegt daran, daß es noch mehr solche Geistesbeschränkte in Deutschland gibt, wie der Kritiker einer ist, die von Sozialversicherung keine Ahnung haben, aber doch darin waschen.

Auf ähnlicher Höhe wie das vorher Gesagte steht der ganze "Verlangensartikel" und man kann nur die Bergarbeiter bedauern, die Beiträge zur Erhaltung der Union leisten, um mit solchen Kritikern geistig zu werden. Das fortschreitende Leben solcher "geistigen Erzeugnisse" muß zur Gehirnerweichung führen und ist deshalb auch manches bei den Unionisten zu verstehen, was sonst unbegreiflich wäre.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

##### Der richtige Organisationsgedanke.

Dreißig Jahre Werden und Entwicklung unseres Verbandes zeigen mit aller Deutlichkeit das Naturwachsen der deutschen Bergarbeiterbewegung gegenüber dem so stark in Erscheinung tretenden Ausbeutungselbzig kapitalistischer Grubenherren an Arbeits- und Lebenskraft gesellschaftlich untergeordneter, recht- und machloser Grubenarbeiter.

Die Zeit vor und nach dem 19. Jahren, in der die grubenerrliche Willkür und Anrechtungsabsicht dank dem Einfluß der zehnjährigen Inflation im Staatseben geatmet ungeachtet herrschen konnte, war für die damals schwach oder gar nicht organisierten Bergarbeiter eine Prüfungszeit, um voll zu erkennen, daß nur eines notwendig war: frische Zusammenfassung der bergistischen Arbeiter in der Organisation.

Jedes dieser kurzen Abhandlung soll nicht sein, zu untersuchen, welche von den damals ins Leben tretenden Organisationen die bestmögliche Interessensvertretung der Bergarbeiter gewährleistete. Es liegt jedenfalls in der Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung - wie der Arbeiterbewegung überhaupt -, daß, nachdem der Großkapitalismus sich seiner Machtposition sicher sah, er sein Augenmerk darauf richtete, jene sich bildenden Organisationen zu untergraben bezw. aufzuzupfählen, die für ihn eine Störgarbe bildeten.

Chemisch waren es die gelben Verbände; heute ist es die über-radiante "Union". Nur die Farbe hat sich geändert, der Inhalt ist geblieben. Nicht es daher für die Bergarbeiter, Angestellter und "mit" Organisierte, gleichgültig, das wirkliche Organisationsgebilde, das tatsächlichen Vertretungscharakter übernahm -, daß, nachdem der Großkapitalismus sich seiner Machtposition sicher sah, er sein Augenmerk darauf richtete, jene sich bildenden Organisationen zu untergraben bezw. aufzuzupfählen, die für ihn eine Störgarbe bildeten.

So will es die Zukunft! So der Sozialismus! Fortschritt aber will getragen sein von Erkenntnis, Bewußtsein und Idealismus. Daran dürfte es nicht fehlen, wenn ein jeder sozial Bewußtseiner mit sich zu sagen, daß auch der Einzelne dahin gehört, wo der breite Strom dem Meere einer besseren Zukunft zufließt.

#### Was Stinnes spielte.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht "Die Rote Fahne", das Zentralorgan der R. P. D. (Spartakusbund) Berlin-Rußküll vom 22. Juli ein vom 7. Juli 1920 datiertes Rundschreiben des Federverbandes in Essen, welches "Kipp und Kar den Betriebs" erbringen soll, daß die Stinnes und Hue schon vor Eintritt in die Verhandlungen bereit waren, die deutschen Bergarbeiter mit Haut und Haaren an den Ententabstimmungen zu verkaufen und daß sie in Spa eine Komödie mit vertriehen Rollen gespielt haben." Diesen Beweis bringt das Rundschreiben aber überhaupt nicht, geschweige denn "Kipp und Kar." Es ergibt sich daraus lediglich, daß der Federverband bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiterverbände am 3. Juli vorgeschlagen hat, an Stelle des bisher üblichen Stichtages zu Verhandlungen, täglich 1 1/2 Ueberstunden im Anschluß an die regelmäßige Arbeitszeit zu versetzen und daß diese erklärten, hierzu nicht eher Stellung nehmen zu können, als sie sie mit ihren Vertrauensleuten Rücksprache genommen hätten.

"Die Rote Fahne" schaut sich also nicht, alle Vertrauensleute der vier in der Arbeitgemeinschaft zusammengeschlossenen Bergarbeiterverbände als "jogennante Vertrauensleute" und "käufliche Subjekte" hinzustellen. Darunter befinden sich hunderte in Ehren ergrauter Kämpfer, die in schwerster Zeit allen Verfassungen trotzend ihren Mann gestanden und alle Opfer für ihre Ueberzeugung gebracht haben, als an "Die Rote Fahne" und ihren fratgeliebigen Anhang noch niemand dachte. Die Ermahnungen der "Roten Fahne" reichen nicht an die Schwächlinge dieser Ueberzeugungstreuen Kämpfer.

Was aber sagen die Bergarbeiter dazu, die genau wissen, wie die Verhältnisse liegen? Daß die Betriebsleiter lieber heute als morgen die alle Schichtzeit wieder einführen würden wenn sie könnten, das ist doch jedem Bergarbeiter bekannt. Ebenfalls, daß sich die Siebenstundenschicht und die sonstigen Erzeugnisse nur durch ihren Zusammenstoß in der Organisation halten lassen. Wird aber durch solche Treibereien nicht das Gegenteil erreicht? Wird dadurch nicht das Spiel Stinnes gespielt? Was Stinnes spielte und weiter spielen wird, weiß jeder Bergarbeiter. Die Bergarbeiter müssen sich aber auch hier darüber werden, daß die kommunistischen und sozialistischen Parteien, die sich um "Die Rote Fahne" und ähnliche Organe gruppieren, die Rolle der früheren Medien und damit das Spiel Stinnes spielen. Die Parteien

### Steuerabzug vom Bruttoverdienst ist unzulässig.

Der Steuerabzug von 10 Proz. vom Hundert des Arbeitslohnes hat große Erregung in die Reihen der Arbeiterschaft gebracht. Sie wissen wohl, daß kein Staat ohne Steuern auskommen kann, steht aber, daß immer wieder der Arbeiter ist, der am meisten zur Steuerzahlung beigesteuert wird. Während man auf verschiedenen Arbeitsstellen den Steuern und Schenkungen für Monate im Voraus schon das Gehalt auskassiert auf daß man ihnen keine Steuern abzugestatten brauchte, wird dem Arbeiter für den Lohn, den er im Mai verdient, im Juni die Steuer von 10 Proz. abgezogen. Dabei werden die Bestimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn auch noch einmal eingehalten, sondern, wie wir uns überzeugt haben, zieht man dem Vergarbeiter nicht ab, als er wirklich an Steuern schuldet, sondern vorläufigen Bestimmungen steht vor, daß die Beiträge zur reisegefährlichen Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung in Abzug gebracht werden können, also der Nettoverdienst und nicht der Bruttoverdienst zu besteuern ist. Es sind uns nun schon verschiedene Lohnbücher unterbreitet worden, so z. B. von der Zeche Kaiserstuhl, wo man einfach Prozent vom Bruttoverdienst als Steuerbetrag abzieht. Regen es den Unternehmer denn wirklich darauf an, die Bergarbeiter immer mehr zu erpressen? Es scheint, als wenn ihnen die freien und beschlossenen etwas zu lange dauerte und sie es gar nicht abwarten könnten, bis wieder zu erpressen Einleitungen kommt und dadurch vielleicht die Befreiung des Abzugsbereiches herbeigeführt wird.

Wir möchten die Herren Regierungspräsidenten sowie alle diejenigen die es angeht, darauf aufmerksam machen, daß der Steuerabzug sowie genug Nutzen schafft und man den Vergarbeitern nicht noch mehr abziehen soll, als wie nach dem Gehalte zulässig ist. Wir erwarten sie in Betracht kommenden Stellen, daß sie schleunigst die Urgebühren, von ihrem ungeheuren Handel, d. h. Abzug der Steuer vom Bruttoverdienst, Abstand zu nehmen. Während sich große und kleine Händler, deren Einkommen man ihnen nicht nachweisen kann, von den Einkommensteuer bilden, soll der Vergarbeiter nicht allein nur das zahlen, was das Gesetz vorschreibt, nein, man fällt ihn sogar noch mehr ab, als er wirklich zu entrichten hat. Nur so weiter, Kumpen klümmen genug, es braucht nur wieder dieses Geld, um daraus Klammern anziehen zu lassen, welche für ganz Deutschland gefährlich werden können. Zeht euch vor, ihr Kumpen und habt Acht, auf daß die Vergarbeiterschaft nicht immer wieder durch ungeschickliche Handlungen in Erregung gebracht wird.

### Gute Brandstöße für Bergarbeiter.

In letzter Zeit häufen sich die Klagen der Bergarbeiter über die Leistung schlechter Brandstöße. Entweder verabsichtigt man ihnen Deputatslöcher aus sehr armenen Hölzen, oder, wie es auf Zeche Geulhofes geschah, nicht einmal brandbare Kohlen, so daß die Bergarbeiter zum letzten Mittel der Selbsthilfe greift. Das Resultat war, daß mehrere Schichten auf der Schachtanlage die Kohlenförderung fast vollständig ruhete. Er dann beantragte die Verwaltung nachzugehen und einigermassen bessere Brandstöße zur Verfügung zu stellen.

Auf der Schachtanlage Mathias Klimes I-II Klage man ein Vergarbeiter wegen Lieferung schlechter Kohlen und Zerkleinerung der doppelt so vielen Kohlen. Man hat ihm nämlich einen Klagen Brandstöße vor das Haus gebracht, der in einem dräuigen Zustand war, daß nach Beichtigung durch den Betriebsrat schließlich unser Verband die Verwaltung einen Erlaubnis bei nachmaliger Verablung fertigte. Da Vergarbeiterbegehrte Ehen entschied im ersten Termin zugunsten des Klagen und verurteilte die Zeche kostenpflichtig. Die Zecheverwaltung legte Berufung ein. Der Termin fand nun abermals am 19. Juli an Bergarbeiterbegehrte Essen zur Verhandlung. Auch in dieser Berufungssitzung wurde wiederum die Zecheverwaltung kostenpflichtig verurteilt.

Wiederum ist erwünscht, daß die Zecheverwaltung verpflichtet Klagen gute und brandbare Kohlenstücken an den Vergarbeiter zu liefern. Sollten sich dennoch Zeche demselben weigern, so erfordern mit die Vergarbeiter, sofort die Klage beim Bergarbeitergericht einzureichen.

### Keine Verhandlungen über die 8 1/2-Stundenfrist.

Zu der unabweisbaren Behauptung, zwischen dem Federverband und dem Vertreter des Bergarbeiterverbandes hängen am 2. Juli Verhandlungen über die Einführung der 8 1/2 Stundenfrist stattgefunden, erklärt der Vorstand unseres Verbandes:

Von verschiedenen Seiten wird die Behauptung aufgestellt, es händere Verhandlungen im Gange im Bergbau die 8 1/2 Stundenfrist einzuführen. Diese Behauptung ist aber, wie in der sozialdemokratischen Presse des Ruhrbezirks, auch in einem Artikel von G. Werner in "Sozialdemokratisches Blatt" vom 17. Juli, die Wahrheit zu dieser Behauptung nicht, wissen wir nicht. Bei der Verhandlung in der Arbeiterschaft am 2. Juli über eine Revision des Ueberstundenabkommens die von den Bergarbeiterverbänden beantragt worden war, ist von Bergarbeiterseite erübrigt der Vorschlag, anstatt der Ueberstunden 8 1/2 Stunden zu verfahren, gemacht worden. Die Arbeitnehmersprecher lehnten jede Diskussion über diesen Vorschlag ab. Von Ueberstunden wurde angeführt, ein großer Teil der Bergarbeiter würde 8 bis 8 1/2 Stunden verdanken. Darauf in von Arbeitnehmersprecher erklärt wird, bevor man zu dieser Frage Stellung nimmt, müßte erst mit den Vertrauensmännern in einer Konferenz Rücksprache genommen werden. Von Verhandlungen kann also keine Rede sein.

Die Arbeitgeber behaupten, daß die Konferenz so schnell wie möglich stattfinden. Die Organisationsleiter erklärten, daß dies nur an einem Sonntag geschehen könne; an einem Werktage würden die Kosten zu hoch. Darauf erklärten sich die Arbeitgeber bereit, eventuell die Schichtverläufe zu tragen. Damit wurde noch angenommen, die Konferenz in Spa sei in einigen Tagen erledigt. Dieser Sachverhalt wird bestätigt durch ein Rundschreiben des Federverbandes an die Verbandsglieder, welches im "Ruh-Echo" vom 17. Juli veröffentlicht wird. Die Behauptungen, die das "Ruh-Echo" daran führt, soweit sie sich auf die Arbeit der Großkapitalisten beziehen, mögen zutreffen. Von den Bergarbeitern haben wir aber eine höhere Meinung als die Redaktion des "Ruh-Echo". Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Vertrauensmänner der Bergarbeiter sich dadurch, daß die Arbeitgeber den Schichtverlust für eine Konferenz tragen, in ihrem Entschließen irgendwie beeinflussen lassen. Frei von jeder Beschränkung werden die Vertrauensmänner der Bergarbeiter ihre Beschlüsse fassen, die allein maßgebend sind für die Organisationsleiter. Von Verhandlungen über die 8 1/2-Stundenfrist kann hier noch keine Rede sein.

Das unabhängige "Ruh-Echo" berichtet danach die Auffassung der kommunistischen "Freiheit" der "Roten Fahne" mit, wonach die Vertrauensleute der Bergarbeiterverbände entweder Trotzkis oder käufliche Subjekte sind, die durch die Zahlung einer Schicht dem Grubenkapital dienlich gemacht werden können. So kann doch nur jemand unsere gipfentlichsten sehr alten, bewährtesten, in Ehren ergrauten Vertrauensleute einschließen, der selbst zu allem fähig und allen Bedingungen unterworfen ist, die persönliche Vorteile versprechen. Gegen eine solche Auffassung brauchen wir unsere Vertrauensleute nicht in Schutz zu nehmen. Sie zeugt von einer Verleumdung, die kaum noch zu überbiegen ist.

### Wie Teuber gegen Hue kämpft.

Der jetzt unabhängige Abg. Heinrich Teuber-Bochum berichtet in der unabhängigen "Freiheit" (Berlin) vom 21. Juli über eine kommunistische-legalistische Betriebsratkonferenz am 18. Juli in Gelsenkirchen u. a.:

Bei der Behandlung des Kapitels "Ueberstunden" kam die zwei-dienliche Rolle des "Spadiplomaten" Hue mit zur Sprache. Dieser Mann, der sich jetzt wieder als der große Führer der Bergarbeiter feiern läßt, ist der Vater der sogenannten Arbeitgemeinschaft im Bergbau. Während aber Herr Hue draußen in Spa die Arbeiter als den entscheidenden Faktor bei den Kostenlieferungen bezeichnet, der von Diplomen nicht nach Lieben besitze gestellt werden könne, liegt seine Arbeitgemeinschaft "Arbeit" - Federverband und Leitung der vier anerkannten Gewerkschaften - in Essen am Diplomatentisch und verhandelt über die Kuppe der Bergarbeiter hinweg über eine Schichtverlängerung von 1 1/2 Stunden! So geschähen am 3. Juli, also wenige Tage vor Hues Rede in Spa, die das Gerücht über den deutschen Nationalisten auslief. Vor der Öffentlichkeit ließ sich Hue feilschen als der warme Arbeiterfreund, dem ob der Leiden des Bergkumpels das Herz blute. Und so ging auch sein Programmstogramm nach Spa, man möchte dort doch nicht auf längere Arbeitszeit im Bergbau reaktionieren. Jetzt aber, wo das Kohlenabkommen unterzeichnet ist, wird wohl Herr Hue schnell umlernen und Ueberarbeit als höchste vaterländische Pflicht preisen. So ungeschick war es vor einem halben Jahre auch, Hues Freund, Herr Severin, der Komödie ein Ende machte und durch amtlichen Erlass den Umgang zu Ueberstunden proklamerte. Die Waffe der Bergarbeiter hat ihre Pappenheimer lernen gelernt - das hätte Herr Hue auf der Nationalkonferenz am Sonntag erwarten können.

Wenn Teuber für die Behauptungen den Wahrheitsbeweis erbringen sollte, käme er in große Verlegenheit. Hue hat in Spa keine anderen Beschlüsse, sondern eine Liste von Namen, die für die

denkfähigen Bergarbeiter gefunden hat. Teuber soll doch einmal mitlesen, was er gegen diese Rede einzuwenden hat, die in ihrem Kern befragt:

Die Notwendigkeit kann ein internationales Uebel nur durch ein internationales Zusammenarbeiten aller in Frage kommenden Faktoren gelöst werden und nicht wie es Teuber vorgeschlagen hat... Trotz starker Unterernährung, schlechten Gesundheitszustandes und hoher Sterblichkeit haben die deutschen Bergarbeiter Ueberschichten verfahren, um die Arbeitszeit zu verlängern. Es ist aber ausgeschlossen, daß die vergrößerte Schichtzeit verlängert werden kann, wie es die Ueberschichten vorschlagen. Die englischen und amerikanischen Ueberschichten haben die deutschen Bergarbeiter die sechsstündige Schichtzeit, weil sie überzeugt sind, daß durch die Steigerung der Produktion nicht gerechtfertigt, sondern mit der Zeit gehoben wird. Die entscheidende Frage ist: Wie machen wir die Bergarbeiter leistungsfähiger und arbeitsfreudiger? ... Eine Konferenz von Diplomaten kann beschließen, was sie will, letzten Endes wird in den Verhandlungen entschieden, wie die Förderung zu erhöhen ist und wie sie vor sich gehen soll. Zwangsmaßnahmen oder auch eine deren Anwendung werden das Gegenteil von dem beabsichtigten Zweck erreichen. Darüber sollte man sich von vornherein klar sein.

Diese Rede beweist das Gegenteil von dem, was Teuber behauptet. Wer sich nach besser unterrichten will, der lese die ganze Rede in Nr. 30 der Bergarb.-Ztg.. Jeder wird sich dann überzeugen können, daß Teubers Behauptungen jeder Grundlage entbehren.

Es ist auch nicht wahr, daß die Ueberschichten der sogenannten Arbeitsgemeinschaft ist. Und wenn er es wäre, was würde das befragen? Die Arbeitsgemeinschaft ist uns nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Nur solange wir uns Vorteil davon verschaffen, werden wir daran festhalten. Das entspricht auch dem Mehrheitswillen der Verbandsmitglieder, ohne den nichts in unserem Verbands geschähen kann. Das weiß auch Teuber. Und wenn er den gegenteiligen Anschein zu erwecken sucht, dann geschieht es wider besseres Wissen.

Am 11. Juli sind im Essen im 3. Juli auch nicht über die Größe der Bergarbeiter hinweg über eine Verlängerung der Schichtzeit um 1/2 Stunde verhandelt worden. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände haben dort vielmehr erklärt, daß darüber die Vertrauensleute befragt werden müßten. Das ist eine ganz korrekte Haltung. Oder wollte Teuber etwas anderes erklären können? Es ist übrigens allen Bergarbeitern bekannt, daß die Ueberschichten lieber heute wie morgen die alte Schichtzeit wieder einführen würden, wenn sie es können. Das würde einreisen, wenn die Bergarbeiter noch mehr ihre Kräfte zersplittern, statt sie zu einigen.

Wie wird auch jetzt, wo das Kohlenabkommen unterzeichnet ist, nicht schnell untesen, sondern daran festhalten, was er in Spa vertreten hat. Darüber braucht sich Teuber keine große Saeere machen zu lassen. Teuber weiß auch, daß sich die Verhandlungsleitung keineswegs entschieden gegen den Zwang der Ueberschichten gewandt hat und das Fortschritt tun wird. ebenfalls Gut. Eine Komödie, der Sperrung ein Ende gemacht hat, ist nicht gespielt worden und wird auch nicht gespielt werden können. Auch das weiß Teuber. Seine Kampfesweise, die nur dem Kapitalismus nützt, ist darum umso mehr zu verurteilen.

Uebbrigens ist Teuber Gut nach ein anderer Verhandlungsangestellter Teuber Hochachtung zu schenken, sondern nur den Verhandlungsmitgliedern. Diese hoch zu halten selbst darüber, daß ihre Interessen in keiner Weise beeinträchtigt werden und sie während auch nicht, von Teuber dabei unterliegt oder beeinträchtigt zu werden. Teuber sollte sich dabei auch nicht unbesorgen in die Angelegenheit unserer Verhandlungsmitglieder einmischen. Oder hört er diese für unmaßmäßige Kinder, die Unterstützung und Bewundung notwendig haben? Es scheint fast so, denn anders läßt sich seine Kampfesweise in der „Freiheit“ nicht erklären.

**Was die deutschen Bergleute sich über Spa erzählen.**

„Sie habt ja keine Ahnung.“

Großes Theater war in Spa. Allerlei Spieler haben mitgehiebt. Strogatig, hochflein, sehr fein, pikant, elegant, feil, furchtbar feil sind sie aufgetreten.

Welche meinen; manche trampften auf; andere rollten die Augen vorzüglich; wieder andere konnten nicht hüten; besonders die Witze um Soldaten war gut. Welche konnten so schön, — ach so entzündend, mit ihrem Säbel schmeißen und jagen. Manchmal wurde einem Angst und Bange dabei!

Gann aber kamen wieder Länger — und sangen zwischen herumgeschmeißenen Worten, Köhler, Säbel, Schwärze und sonstige Klischees. Die Länger konnten uns manchmal leid tun. Wie denken jeden Augenblick, daß sie sich hören können. Aber — doch nicht! Pösslein und Schmitzlein, hoch aufgerichtet und geblüht, tanzten die Länger ihre Rolle.

Die Spielführer haben ja oft geblüht, wenn mal welche aus der Rolle zu fallen drohten. Am Schluss hatte dann das Ziel geklappt. Alle waren amessend, nur die hergahnde Beleuchtung hatte gefehlt und die Photographie.

Das hat Theater nicht photographiert wurde, liegt wohl daran, weil manche Mitspieler nicht geküsst waren. Die anderen glaubten, das Bild würde veräppeln.

Na, das soll uns egal sein!

Wir Bergleute sollen nämlich einen so unbeschämten hohen Preis für das Theater, welches in Spa gespielt wurde, bezahlen, daß wir uns ärgern müßten, wenn wir die Geister dauernd sehen würden.

Darum wäre es besser, wenn man diese miserablen, schauderhaften Theaterstücke aus dem Reichtheater entliehe und andere anstelle. Solche Männer müssen wir in der ganzen Welt haben, die uns nach des Tages Zeit und Mühe — Erholung bieten.

Junge, Junge, was solltet ihr bloß anfangen mit den Klischees, die das Reichtheater im Besitze hat.

Die Klischees Säbel brechen leicht. Die Bergleute ganz Europas müßten ihre starken Fäuste anwenden und diese schärenden Dinger übers Knie laputt brechen. Vielleicht finden sich noch alle Arbeiter — unsere Kameraden — dazu bereit, uns zu helfen.

Was nämlich diese Nordbinger treiben, dem tun sie weh. Ich tun wollen wir uns doch nicht! Wir haben uns mal weh getan — aber — da waren schlechte Menschen Schuld daran, die Reichtheaterbesitzer.

Jetzt sind wir uns doch klar darüber. Wir sind ausgeschieden aus dieser Gesellschaft, und die paar Männer, die noch das unheimliche Geschäft weiter führen wollen — lassen wir doch befechtigen, schlapp machen.

Wollen wir es mal versuchen.

Darum sollen die Großen immer lachen, sogar international lachen, während wir national weinen? wir arzte, unglücklichen Arbeiter.

Die Worte laien ja nicht direkt weh. Aber — die Schwärzen? Wenn die jetzt war ja garnicht zwischen den Köhler. Wenn wir aber weite Kameraden, Arbeiter sehen, freuen wir uns. Wir denen können wir uns persönlich herbeizuhängen, unsere gegenseitigen Gefühle auszusprechen in der Grube.

Wir hängen das ja immer schon gerne gehen, aber — die anderen, die Welttheaterbesitzer. Diese internationalen Töze und Strich, haben uns ja immer den Streich gebietet, dafür gejorgt, daß wir uns nicht zersammenfallen.

Wenn uns deutsche Arbeiter noch jemand bemitleidet hat, während wir unter brutaler Gewalt von Säbeln und Kapital handeln, so laßt uns wenigstens jetzt nicht wieder in ihre Fesseln gehen! So wie es jetzt befristet ist, ergibt der unverständliche Kommerz keine Niederlegung.

Nicht die Unschuld muß büßen, sondern die Sünder! Soll die Sünder büßen, müssen wir es anders anfangen! Die Arbeiter aller Länder müssen sich verbinden, um die Sünder zu beugen. Die Arbeiter um es nicht.

**Im Solde der Unternehmer.**

Die kommunistische „Freiheit“, Duisburg, vom 21. Juli d. Js. veröffentlicht einen Artikel unter der vornehmlichen Ueberschicht, worin den Bergarbeiterverbänden, die der Arbeitsgemeinschaft angehörien, Verrat an den Bergarbeitern vorgeworfen wird. Dieser Vorwurf wird mit einem Hauptargument begründet, das der „Recht“-Verband, Essen, an die Verhandlungsrichter richtet, worin er sich bereit erklärt, den Vertrauensmännern der Bergarbeiterverbände eine ausstehende Schicht zu ersetzen, die sie durch Zerschlagung an einer katastrophalen Vertrauensmänner-Konferenz einbüßen würden. Die „Freiheit“ betrachtet das als eine Bezeugung der Vertrauensmänner, die man dadurch bewegen wolle, einer Verlängerung der Schichtzeit zustimmen.

Wie ist nun die Sache in Wirklichkeit? Bevor noch die Verhandlungen in Spa angefangen, erklärten die Unternehmer in der Arbeitsgemeinschaft die Bergarbeiterverbände, eine Vertrauensmänner-Konferenz einzuberufen, um über die Entlastung der Bergarbeiter darüber zu beraten, ob sie nicht bereit seien, statt der 2 Ueberschichten täglich 3 1/2 Stunden zu befrachten. Sie begründeten ihr Vorgehen damit, daß ihr diese Berg-

Erklärung, daß das Verfahren von Ueberschichten für sie große Befestigungen mit sich bringe und es ihnen lieber sei, alltäglich etwas länger zu arbeiten, als die Ueberschichten zu machen. Die Organisationsvertreter bestritten, daß dieser Wunsch bei der Bergarbeiterschaft bestehe. Doch die Ueberschichten blieben auf ihrem Standpunkt stehen und ersuchten darum, doch einmal diese Frage in Konferenzen der Verbände zu ventilieren. Als die Vertreter der Bergarbeiterverbände erklärten, daß solche Konferenzen, an Vertreten einberufen, zu große Kosten verursachen würden und Sonntags immer dringende Arbeiten für sie vorliegen, es deshalb in nächster Zeit nicht möglich sei, eine solche Konferenz zu veranstalten, machten die Ueberschichten den Vorschlag, die Konferenz doch an einem Werktag einberufen zu wollen, so seien bereit, die Kosten zu tragen. Daraufhin erließen sie auch das Rundschreiben an die Verbandsorgane.

Den Bergarbeiterverbänden fällt es garnicht ein, sich die Mittel für eine einberufende Konferenz, von den Ueberschichten bezahlen zu lassen. Unser Verband hat vielmehr eine Konferenz auf den 25. Juli einberufen und trägt die Kosten hierfür selbst. Doch selbst angenommen, die Konferenz wäre an einem Werktag einberufen worden und die Kosten hätten den Vertrauensmännern und Betriebsräten usw. die Ueberschicht bezahlt, wären dadurch etwa die Bergarbeiter verrentet worden? Sätt wirklich die kommunistische „Freiheit“ die Vertrauensleute und Betriebsräte der Bergarbeiter für solche erbärmliche Mächte, daß sie sich durch die Zahlung einer Schicht befechtigen lassen und den Unternehmern zu willigen sind? Da muß sie wirklich mit den Leuten in ihren Reihen schamlos Erfahrungen gemacht haben und mundahe Phantasie, die in ihrem Lager vorluden, geben ihr auch Mut, daß sie so misstrauisch geworden ist. Die Verbände der Arbeitsgemeinschaft können dagegen ihre Vertrauensleute und Betriebsräte und -wörter, daß sie sich weder durch Zahlung einer Schicht noch durch andere Machinationen davon abhalten lassen würden, ihre Meinung zu lautstarken Äußerungen offen und frei auszusprechen, ob dies den Unternehmern lieb ist oder nicht.

Man sucht aber niemand hinter einem Busch, wenn man nicht selbst dahinter gefressen hat. Jedenfalls ist die kommunistische „Freiheit“ und ihr fragwürdiger Anhang nicht qualifiziert, unsere Vertrauensleute zu verächtlichen, daß sie eventuell für eine Schicht ihre Kameradschaften verraten und verkaufen. Unsere Vertrauensleute haben meist von der Pike auf gekämpft. Sie haben in schwerster Zeit zu unserem Verbands gestanden und sich nicht durch Genuß und Dank ihre machen lassen. Opfer haben sie gebracht und Verfolgungen erduldet, als noch niemand an die kommunistische „Freiheit“ und ihren fragwürdigen Anhang dachte. Diese erprobten Kämpfer werden sich auch weiterhin durch nichts beirren lassen. Erst recht nicht durch die Kommuniken und Schandkassette, die doch nur die Rolle der ehemaligen Gelben weiter spielen. Die Frage, wer im Solde der Unternehmer steht, werden sich die Bergarbeiter danach selbst beantworten.

**Oberbergamtsbezirk Bonn.**  
**Gegen die Drohungen der Entente.**

Eine Konferenz der Vertreter der organisierten Bergarbeiter des Rhenaner Reviers am 18. Juli kam nach eingehender Aussprache einstimmig zu folgender Entschloßung:

Die heutige Konferenz der gemeinschaftlich organisierten Kohlenbergleute im Rhenaner Revier protestiert in aller Schärfe gegen die immer wiederkehrende Androhung von militärischen Zwangsmaßnahmen seitens der Ententevertreter gegen die deutschen Arbeiter. Wir Bergleute anerkennen die Verpflichtung, die Kohlenlieferungsbedingungen im Versailleser Friedensvertrag nach besten Kräften zu erfüllen. Wir sind aber nicht gewillt, uns als Arbeitslosen behandeln zu lassen. Durch Drohungen mit Zwangsmaßnahmen wird die Arbeitsfreudigkeit nicht gehoben, sondern hart herabgedrückt. Die Folge ist eine weitere Verschärfung der Weltkrisis. Die Drohung mit Zwangsmaßnahmen richtet sich nach der Natur der Sache direkt gegen die Bergarbeiter. Man will uns die verhängte Schicksal nehmen und uns zwingen, in bedeutend verminderten Schichten zu arbeiten bis zum Zusammenfallen. Dagegen werden wir uns mit allen Kräften zur Wehr setzen. Zur freiwilligen Arbeit für die Forderung der Kohlenart sind wir bereit, was wir durch 11 Tote beweisen haben. Einem Zwange werden wir uns nicht fügen.“

**Wahlen der Betriebsräte im rheinischen Braunkohlenrevier.**

Die Wahlen haben mit einem schönen Ergebnis für unseren Verband beendet. In 30 Betrieben wurden gewählt 237 Betriebsräte. Diese bestanden sich auf die einzelnen Organisationen wie folgt: Verband der Bergarbeiter Deutschlands 129, Metallarbeiterverband 27, Maschinenverband 12, Gewerkschaften 4, Bergarbeiter 51, Rühr-Dürkerische Gewerkschaften 1, Bauarbeiterverband 1, Beamte 2. Der Restfall ist ein glänzender Sieg der freien Gewerkschaften, die insgesamt 170 Betriebsräte erhielten, die Christen und Rühr-Dürkerische dagegen nur 26. Das Wahlergebnis konnte noch besser sein, wenn alle Kameraden auf dem Vollen gewesen wären. Bescheiden ist das Ergebnis auf der Grube Kottbus, wo die freien Gewerkschaften 2, dagegen die Christen 6 Betriebsräte erhalten haben. An Mitgliederversammlungen, welche die freien Gewerkschaften des Reviers auf. Die Gründe, die dazu führten, daß eine Anzahl Mitglieder Wahlenthaltung proklamierten, sind nicht ständlich. Waren die Kameraden mit den Kandidaten nicht zufrieden, so konnte auch noch der Wahl Abschießung geschehen werden. Ebenso konnte das Ergebnis auf der Grube Dillat besser sein. Auf der Grube Bergheimliche Ende II ist mit dem schmerzlichen Mitleid durch ein Flugblatt, ohne Unterschrift und Verlag, gegen unsere Kandidaten gekämpft worden. Die Folge war, daß eine Zahl Mitglieder gegen die Verbandsliste stimmten oder nicht an der Wahl teilnahmen. Der Verbreiter des Flugblattes, Karl Laubach, hat bereits alle Organisationen durchwandert und wegen Verletzungen am Verbandsgeld gerichtlich abgeurteilt wurde und auch wegen sonstiger Dinge nur noch den Weg zu den Untertanen offen hat, wird sich nach gerichtlich zu verantworten haben. Jetzt heißt es, auf allen Gruben durch ständige Arbeit für den Verband dafür zu sorgen, daß bei der kommenden Wahl das Veräumnis nachgeholt wird.

**Eine schuldig gebliebene Antwort.**

Unmittelbar nach der Reichstagswahl sprach unser Bezirksleiter Secker (Gießen) in einer Bergarbeiter-Versammlung hier über unsere Wirtschaftslage. Im Laufe seiner Ausführung kritisierte er auch den Kapitalismus, dessen Zerfall er nicht in der Weise anzugängig sei, wie vielfach zum Ausdruck gebracht wurde. In der Aussprache überließ ich den Punkt, und weil Secker den Wunsch äußerte, in der Gegenwart zu hören, was eigentlich unter Kapitalismus verstanden wird, will ich meine Aufassung schriftlich niederlegen, das verjämte nachholen.

Kapital ist Macht. Welche ich hunderttausend Mark, so hab ich hundertmal mehr Macht als derjenige, der nur tausend Mark sein eigen nennt. Diese wirtschaftliche Macht birgt, wie wir unten sehen werden, die politische in sich. Denn nur auf einmal das gesamte Kapital dem Staat gehört, dann hört der Kapitalismus auf, das absolute Gegenteil von Sozialismus zu sein. Kapitalismus also auch im sozialistischen Staat, mit dem Unterschied, daß die wirtschaftliche Macht dann durch das der Gegenwart gehörende Kapital der Gegenwart übertragen wird, wogegen sie im heutigen Staat nur einigen Wenigen gehört.

Der Kapitalismus birgt die politische Macht in sich, daß er die Mittel bietet, zu überleben, zu unterdrücken. Bevor als 50 Prozent des deutschen Volkes in der Kapitalistenklasse abhängig. Dem Volke selbst zum großen Teile die politische Reife, wovon die letzte Reichstagswahl besonders zeugt. Sinnes und seine Aunahme können es nassführen. Es wird folgen und folgt langsam wie ein Schuß zur Schachbank. Auf dem eingeschlagenen Wege werden wir, trotz jedem Wahlrecht, solange es noch Privatkapitalisten gibt, die wirtschaftliche Macht nicht erlangen, was doch unser aller Ziel ist. Walter Richn, Odersbad.

**Steuerung und Bergarbeiter im Lahnthal.**

Nicht ohne Berechnung hört man, wie die Arbeiterchaft ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gibt. Herangezogen ist jene durch den 10-prozentigen Steuerabzug. Unschritten muß ein jeder anständige Mensch bezahlen, daß sie die Proletarien der Steuerkraft zu hoch ist. Da gibt es keine Entschuldigung, die Kriegsschuld muß bezahlt werden! Wir Allgemeine sind im beschränkten Gebiet die Bergarbeiter nicht die alleinige Berufsklasse, die darin einzig ist: 5 Prozent würden uns genug beschaffen. Lohn- und Preissteigerung von 1914 bzw. 1920 gegenübergestellt, bringen für uns ein kostloses Bild. Um ein kleines Bild zu geben, greife ich einige Preise der alltäglichen Rohmaterialien heraus, und stelle sie den Löhnen gegenüber. Es kosteten (in Mark):

	1914:	1920:
1 Renner Wehl	18,-	250,-
1 Kartoffeln	2,-	40,-
1 Reis	20,-	100,-

1914 verdienten im Lahnrevier die Bergarbeiter pro Achtstundenschicht einen Durchschnittslohn von 3,50 Mk., 1920 einen Durchschnittslohn von 34,- Mk., ungefragt also ist der Lohn um das zehnfache gestiegen. Die Preise aber sind durchschnittlich um das dreißigfache gestiegen in die Höhe gestiegen. Ich will es nur anderen Instanzen überlassen, zu urteilen, wie ein Arbeiter mit 4 Kindern, dessen Steuerfakt 750 Mark jährlich beträgt, leben kann. Ausgenommen bei dem Steuerfakt sind natürlich die zum Auszubehenden Gelder am Jahresabschluss, wie Kassenabzüge usw. Selbst wenn die Steigerung der Preise die der Lohn bei weitem übersteigen, wobei berücksichtigt werden muß, daß der Steuerfakt 1914 keine 10 v. H. betrug. Somit erscheint es uns als eine Unmöglichkeit, daß man uns länger als Selbstmaschine gebrauchen kann. Jedenfalls erreicht man das Ziel, das man verfolgt, nicht, eher das Gegenteil. Die Hebung unserer gesamten Wirtschaft, die Neuordnung der Finanzen, kann nicht herbeigeführt werden durch Belastung des Werte schaffenden Volkes, das man hierdurch entmutigt. Geht es länger so weiter, so verfallen wir dem Volksverismus. Die Ungleichheiten sind auch bei uns gegeben. Hier im Lahnrevier tragen das Volk sein Loch bisher geduldet, jetzt aber ganz es. Warum? ist zur Begründung erklärt. Walter Richn, Odersbad.

**Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe.**  
**Bergarbeiter und Ueberschichten.**

Die seit längerer Zeit von den Bergarbeitern im Interesse unserer heimischen Industrie sowohl als im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft verfahrenen Ueberschichten fangen allmählich an, etwas Selbstverständliches zu werden. Im Ruhrrevier wurde der Anfang damit gemacht, inzwischen werden nun in allen Revieren der Steinkohle sowohl als der Braunkohle mehr oder weniger Ueberschichten verfahren.

Wenn wir bei Abschluß des ersten Ueberschichten-Abkommens von den oben genannten Erwägungen und Leitern liehen, erbrachten wir damit den Beweis, daß auch der Bergarbeiter sein Teil zur Hebung unseres Wirtschaftszustandes beitragen wollte. Inzwischen hat man nun auch in der Erzindustrie mit Erfolg versucht, Ueberschichten einzuführen. Auch an Erfinden, die diese Ueberschichten als notwendig erscheinen lassen, fehlt es nicht. Wir uns gilt es aber, jetzt diese Ueberschichten einmal von einer anderen Seite anzusehen, damit nicht eine Arbeitszeit-Frage daraus wird. Wenn heute ein Mann wie Hugo Sinnes nach Spa reißt, um der Entente-Kommission zu beweisen, daß eine Kohlen-Mehrförderung für die Allierten nicht erfolgen könne, weil die Schichtzeit der Bergarbeiter in Deutschland zu kurz sei und „feststeht“, daß die bisherige Befestigung hauptsächlich nur dem Ueberschichten-Abkommen zu verdanken sei, dann dürfte es wohl klar sein, wohin die Fahrt geht.

Wir haben gesehen, daß trotz der schlechten Ernährungsverhältnisse die Bergarbeiter bereit waren, Ueberschichten im Interesse der Allgemeinheit zu verfahren. Mühen uns aber heute allen Grüssen fragen, ob ihnen diese Mehrarbeit auf die Dauer zugemutet werden kann. Es muß auf andere Weise versucht werden, eine Kohlen-Mehrförderung zu erzielen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Ueberschichten-Abkommen heißt diese Frage dringend einer anderen Lösung.

Auf der einen Seite große Arbeitslosigkeit (Ueberschichten), auf der anderen Seite Millionen von Arbeitslosen, das ist ein Widerspruch im Wirtschaftsbau, der mit anderen Mitteln gelöst werden muß. Es muß versucht werden, durch Einschleichen einer neuen Schicht oder Schaffung größerer Arbeitsmöglichkeiten dem herrschenden Kohlemangel abzuhelfen. Es soll nicht verkannt werden, daß einer Lösung der Arbeitsfrage nach dieser Richtung hin große Hindernisse entgegenstehen. Dabei wohl die Wohnungsfrage eine Hauptrolle spielen dürfte. Aber, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Es liegt jetzt an den Betriebsleitern, in dieser Beziehung Opfer im Interesse der Allgemeinheit zu bringen, doch das hat man bis jetzt denn unseren Bergarbeitern überlassen.

Es liegt alle Verantwortung vor, der Entwickelung dieser Verhältnisse erhöhte Beachtung zu schenken, und es ist zu hoffen, ob wir unter den gegebenen Umständen solchen Abkommen in Zukunft unsere Zustimmung geben dürfen. W. P e t e r - G i l d e n s h e i m .

**Sachsen, Brandenburg und Thüringen.**  
**Für Mitarbeit und gegen Verklauung.**

Eine am 18. Juli in Nordhausen tagende Konferenz unseres Verbandes für die Rast, Braunkohlen- und Eisenzechenrevier der Bezirke Thüringen, Harz und Cassel faßte folgende Entschloßung:

„Wir stehen geschlossen hinter den Ausführungen unseres Kameraden Spa in Spa. Wir verpfehen die Wähler unserer regen Mitarbeit am Wiederaufbau der durch den Krieg vertriebenen Gebiete. Mit der internationalen Bergarbeiterchaft werden wir wie vordem den internationalen Imperialismus bekämpfen. Der Befehlung des Ruhrreviers oder anderer Bergarbeitere Gebiete durch Ententeuppen stehen wir geschlossen gegenüber. Der Verstillung deutscher Arbeiter werden wir uns zu widersetzen wissen.“

**Verbandsnachrichten.**

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 31. Woche (vom 26. bis 31. Juli 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge. Jedes Mitglied ist auch verpflichtet, die Mitgliederversammlungen regelmäßig zu besuchen.

**Achtung, Jugendobleute!**

Dem diesmaligen Zeitungspaket liegt die neue Nummer des „Jungborn“ bei. Die Jugendzentrale.

**Bücherrevisionen.**

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern. Dortmund II. Vom 6. bis 15. August. Bücher werden eingezogen.

**Krankenunterstützungs-Auszahlung.**

Goslar. Jeden Sonntag, nachm. von 1 bis 2 Uhr, beim Vertrauensmann G. W o s s e , Bergstraße 9. Langendreier II. Bei der Abrechnung jeden ersten Sonntag im Monat beim Wirt R e u h a u s , von 8 1/2 Uhr vormittags ab.

Wir suchen für den Bezirk Cassel möglichst bald einen ständigen Sozialbeamten. Bewerber müssen 5 Jahre Mitglied des Verbandes, mit der Gewerkschaftsbewegung vertraut und rednerisch befähigt sein. Bewerbungen sind unter Beifügung eines Lebenslaufes und eines Aufsatzes über die Aufgaben eines Sozialbeamten bis zum 15. 8. an das Bezirksbureau Nordhausen mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu richten.

Für das Bezirksbureau Nordhausen in Nordhausen a. S. hat wird eine Hilfskraft gesucht. Es können nur Kameraden in Frage, die fünf Jahre Mitglied des Verbandes sind, sich für die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte für befähigt halten und sich rednerisch betätigen können. Bewerbungen mit Lebenslauf und einem Aufsatz über die Aufgaben eines Verwaltungsangestellten sind bis zum 15. 8. 1920 mit der Aufschrift „Bewerbung“ an das Bezirksbureau Nordhausen zu richten.

Berücksichtigt wird: Seit dem 6. Juli 1915, in Ruffland, der Ersatz-Referent, Julius Fruch, 6. Bomb. II. Bat., Regt. 218, 47. Inf.-Div. Zwerchbediente Mittelungen an Wilt. Fruch, Castrop, Kaiser-Friedrich-Straße 44.

**Protokoll**

der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerksch. Deutschlands zum Preise von 7 Mark für Verbandsmitglieder von uns zu beziehen.